

1 Beschlussantrag:
2

3

3 **Prekäre Beschäftigung**

4

5 **Die Personalversammlung beschließt:**

6

7 Wir fordern den Präsidenten des Bremer Senats, Bürgermeister Böhrnsen und die Se-
8 natorin für Bildung und Wissenschaft Frau Jürgens-Pieper auf, die Initiative dafür zu
9 ergreifen, dass Regelaufgaben in Schulen und im sonstigen öffentlichen Bereich von
10 Beschäftigten wahrgenommen werden, die

- 11 - akzeptable Arbeits- und Vergütungsbedingungen entsprechend TVL und TVÖD
- 12 haben,
- 13 - Vollzeit und ohne Befristung sozialversicherungspflichtig arbeiten können und
- 14 - ihre Regelaufgaben auf Wunsch als Arbeitnehmer im bremischen öffentlichen
- 15 Dienst erledigen.

16

17 Die Umsetzung soll bis auf spätestens zum nächsten Schuljahr erfolgen.

18

19 **Begründung:**

20

21 Die Personalversammlung begrüßt das jetzt beschlossenen „Vergabegesetz“ der rot-
22 grünen Koalition, mit dem zukünftig insbesondere ein Mindestlohn sowie Tarifbindung
23 und bessere Arbeitsbedingungen für Beschäftigte privater Unternehmen, die öffentliche
24 Aufträge erhalten, durchgesetzt werden sollen.

25

26 Die Personalversammlung fordert die rot-grüne Koalition auf, auch gegen die schon
27 herrschenden prekären Arbeitsbedingungen bei Regelaufgaben im öffentlichen Dienst –
28 insbesondere im Bildungsbereich – vorzugehen und ihre positiven Absichten dadurch
29 auch deutlich zu machen.

30

31 Gerade pädagogische MitarbeiterInnen an Verlässlichen Grundschulen und Ganztags-
32 schulen haben sowohl als ArbeitnehmerInnen der Senatorin für Bildung und Wissen-
33 schaft wie auch anderer Beschäftigungsträger teilweise oft unzumutbare Beschäfti-
34 gungsbedingungen:

35

36 Viele müssen

- 37 - mit einem Arbeitsvertrag von weniger als einer halben Stelle, teilweise sogar mit
- 38 weniger als 10 Wochenstunden (bei oft 5 Arbeitstagen in der Woche) arbeiten,
- 39 - als 400-Euro-Kräfte ohne Kranken- und Rentenversicherungsschutz auskom-
- 40 men,
- 41 - zusätzlich noch Hartz IV oder andere Unterstützung beanspruchen,
- 42 - mit immer wieder befristeten Arbeitsverträgen ohne sichere Zukunftsperspektive
- 43 vorlieb nehmen,
- 44 - oft unbezahlte „freiwillige“ Mehrarbeit leisten,
- 45 - sich sehr unsicheren rechtlichen und finanziellen Bedingungen sowie Abhängig-
- 46 keiten vom Arbeitgeber aussetzen,
- 47 - auf offene Kritik an ihren Arbeitsbedingungen verzichten, um ihren Arbeitsplatz
- 48 nicht zu gefährden.